

VIVANT-OSTBELGIEN

Eine Bewegung von politisch engagierten Bürgern.

PROGRAMM ZUR EU-WAHL

Einleitung

Vivant-Ostbelgien ist ausdrücklich für einen europäischen Völkerbund in dem alle Staaten neben- und miteinander existieren. Alle Staaten sollen in den Bereichen zusammen arbeiten, in denen sie es wünschen. Der Wunsch muss jedoch von den Nationalstaaten ausgehen und darf nicht, so wie jetzt, von einem undemokratischen Gebilde von oben aufgezwungen werden.

Wir unterstützen und verteidigen die Grundidee des Zusammenlebens in Frieden und Freiheit der europäischen Völker.

Anders als von der klassischen Politik immer wieder behauptet, steht die EU heute aber nicht auf diesem Fundament gebaut. Der Grundstein der Europäischen Union wurde von Vertretern europäischer Konzerne gelegt. Ihr Ziel war und ist die Schaffung und Sicherung eines großen Binnenmarkts und die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen zu ihrem Profit. Die europäischen Verträge, wie beispielsweise der Lissabon Vertrag, tragen eindeutig die Handschrift dieser Konzernlobbyisten. Sie wurden tatsächlich zum größten Teil von den Konzernen selbst und nicht von der Politik verfasst.

Die EU-Kommission ist lediglich der Handlanger dieser Interessen. Die meisten EU-Vorgaben dienen in erster Linie den Konzernen und nicht den Bürgern, das gilt insbesondere für die gemeinsame europäische Währung, den Euro. Dies kritisieren wir aufs Schärfste.

Zielsetzungen

VIVANT-Ostbelgien tritt mit sechs Haupt-Zielsetzungen bei der Wahl des Abgeordneten der DG für das Europäische Parlament an:

- 1. Aufklärung der Bürger der DG über die Missstände der EU.**
- 2. Die Einführung von bindenden Volksbefragungen zu allen bestehenden EU-Verträgen.**
- 3. Stopp der Untergrabung der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten durch EU-Diktat von Gesetzen.**
- 4. Rückführung der nationalen Geldhoheit an die Mitgliedstaaten der EU zwecks Benutzung einer zinsfreien Nationalwährung**
- 5. Stopp der EU-Steuergeverschwendung!**
- 6. Eine offene Diskussion über die Zukunft der EU**

Erläuterungen zu den einzelnen Punkten:

1. Aufklärung der Bürger der DG über die Missstände der EU.

Die Bevölkerung in den Mitgliedsländern der Europäischen Union muss dringend und intensiv über eine Fehlbeurteilung in Bezug auf die EU aufgeklärt werden.

Wenn immer in den Verträgen der EU von Demokratie, von sozialer Gerechtigkeit und von Menschenrechten gesprochen wird, dann mit dem Ziel, den Menschen in der EU, und leider offensichtlich auch noch sehr vielen wohlmeinenden, aber sehr naiven Freizeit-Politikern, eine demokratisch motivierte EU vorgaukeln zu können.

Mit Halbwahrheiten, juristisch verschlüsselten Bestimmungen und sogar glatten Lügen wird damit immer noch erreicht, dass die Menschen keine klare Trennung ziehen können zwischen zum einen dem demokratischen, solidarischen und friedfertigen Europa, welches wir alle uns wünschen und zum anderen der heutigen EU, einem Zusammenschluss von multinationalen Banken- Wirtschafts- und Rüstungskonzernen mitsamt den bekannten EU-Institutionen, mit denen dieser Konzernzusammenschluss sich seit seiner Gründung umgeben hat.

Dazu gehört die EU-Kommission, welche eindeutig ein Ausführungsorgan der Konzerne ist. Dazu gehören auch die Staats- und Regierungschefs in den EU-Mitgliedsländern: Sie wären nicht Regierungschefs geworden, wenn sie dieser Zielvorgabe der EU negativ gegenüber stehen würden. Auch das EU- Parlament, solange wie dieses Parlament nicht die vollständige

legislative Gewalt in der EU besitzt, gehört leider zur reinen Image-Pflege und Maskerade der EU-Konzernlobby.

Zielsetzungen der EU sind heute also nicht das demokratische Mitspracherecht, die soziale Gerechtigkeit und die Menschenrechte, sondern es ist, verschlüsselt, die reine Profitmaximierung der Konzerne in Europa, den USA und weltweit, auf Kosten der Bevölkerung innerhalb und außerhalb der Mitgliedstaaten, sowie auf Kosten der kleinen und mittelständischen Unternehmen und der landwirtschaftlichen Familienbetriebe.

Die Bürger brauchen einen Vertreter, der sie informiert, was über ihren Köpfen und oft im Geheimen geplant wird. Sie müssen zum Beispiel erfahren, dass durch das Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP/TAFTA) genmanipulierte Nahrungsmittel ungekennzeichnet in ihren Supermarktregalen liegen würden, nur um Monsanto und Co. im Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Denn im Kontext des Freihandels sind viele Regelungen des Verbraucherschutzes nur unliebsame Handelshemmnisse, die es abzuschaffen gilt! Das TTIP bringt freie Fahrt für Gentechnik und Chemie und dient nur den Interessen der Großindustrie zu Lasten der lokalen mittelständischen Unternehmen! Es ist Zeit aufzuwachen!

2. Die Einführung von bindenden Volksbefragungen zu allen bestehenden EU-Verträgen.

VIVANT-Ostbelgien wird sich also auf dem Gebiet der Trennung der Gewalten intensiv einbringen. Deshalb ist auch, zur Stärkung der Demokratie, das Mitspracherecht der Bevölkerung durch den Volksentscheid auf Initiative der Bevölkerung das erklärte Ziel von VIVANT-Ostbelgien sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. In der EU gibt es heute ein Demokratie-Defizit, das es zu beseitigen gilt. Deshalb fordern wir die Einführung von bindenden Volksbefragungen, ähnlich der Handhabung in der Schweiz, zu allen bestehende EU-Verträgen.

3. Stopp der Untergrabung der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten durch EU-Diktat von Gesetzen.

1950 kamen noch 100% der Nationalen Gesetze aus dem jeweiligen Land selbst. 1957 waren es $\pm 5\%$ die ihren Ursprung in der EU fanden. Dieser Prozentsatz steigerte sich immer weiter. 2013 kamen $\pm 75\%$ der nationalen Gesetze direkt aus der EU. Wenn dieser Entwicklung nicht schnellstens Einhalt geboten wird, dann wird die EU bald alle Gesetze in den Mitgliedstaaten diktieren.

4. Rückführung der nationalen Geldhoheit an die Mitgliedstaaten der EU zwecks Benutzung einer zinsfreien Nationalwährung

Ein ganz wesentlicher Punkt zum Erhalt der Demokratie ist die Rückführung der Geldhoheit an die Mitgliedstaaten der EU und also die Abänderung der Artikels 123 des Lissabonner Vertrages zu fordern, der den EU-Mitgliedstaaten verbietet, Geld selbst in Umlauf zu bringen und stattdessen die Staaten verpflichtet, bei privaten Kreditinstituten Geld zu leihen.

Der Fiskalpakt und der Rettungsschirm ESM werden in völkerrechtliche Verträge gegossen, welche nicht kündbar sind. Und beide Verträge verändern gravierend die Haushaltsbefugnisse der nationalen Parlamente und sogar der einzelnen Gemeinden. Der Fiskalpakt stellt nicht in erster Linie eine Schuldenbremse dar, sondern eine Schuldenverlagerung mit dem Ziel der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Von EU Krisengipfel zu EU Krisengipfel wachsen zwei Bereiche zu immer neuen Höchstständen an, die Arbeitslosenzahlen und die Staatsschulden.

Dieser Pakt wurde, wie viele andere Abkommen, im stillen Kämmerlein verhandelt. Nicht die Parlamente oder die Volksvertreter konnten mitreden, sondern die Regierungen haben dieses Papier unter sich ausgehandelt. Der staatliche Finanzierungsbedarf wird in Zukunft von Beamten des Hohen Finanzrates festgelegt, und dieser untersteht keiner demokratischen Kontrolle durch die Parlamente.

Und wie sieht das Resultat dieser EU Politik aus? Nie gab es mehr Arbeitslose in Europa und nie mehr Schuldenberge. Man hat Banken mit Milliarden gerettet, obwohl überall das Geld fehlt. In Brüssel regieren Lobbyisten der großen Konzerne und diktieren die politische Richtung. Der Einfluss der EU ist enorm, die Nationalstaaten verlieren mehr und mehr an Souveränität. Die Bürger werden überwacht und kontrolliert. Wer Europa und seine Vielzahl an Kulturen liebt, der versteht, dass alles was wir an Europa lieben, von dieser EU zerstört wird.

5. Stopp der EU-Steuergehdverschwendung!

Die allgemeine Verschwendung durch die EU-Institutionen hat inzwischen unerträgliche Ausmaße erreicht.

Dazu gehören auch die als unverschämt zu bezeichnenden Gehälter und Pensionen, welche sich die EU- Funktionäre und EU- Mandatäre genehmigen. Außerdem genießen sie eine äußerst günstige Besteuerung. Hinzu kommt eine Flut von Mitarbeitern deren Notwendigkeit zu hinterfragen ist.

Vivant-Ostbelgien fordert daher:

1. Die Offenlegung aller Gehälter, insbesondere des Gehaltes der EU-Kommissare, der Aufwandsentschädigungen, Pauschalen, Steuerfreibeträge, überzogener Rentenansprüche, usw., sowie gegebenenfalls ihre Korrektur nach unten.
2. Die Offenlegung aller finanziellen Zuwendungen und Honorarzahungen von Wirtschafts- und Bankenkonzernen an EU-Mandatare, EU-Kommissare und EU-Mitarbeiter.
3. Die Durchforstung aller EU-Subventionen und Streichung aller unsinnigen Subventionen.
4. Die Beendigung des unsinnigen Umzugskarussells des EU-Parlamentes zwischen Brüssel und Straßburg.

6. Eine offene Diskussion über die Zukunft der EU

Heute wird jede Kritik am bestehenden Kurs der EU sofort als Populismus diskreditiert.

Der eingeschlagene Weg der EU hin zu den Vereinigten Staaten von Europa wird als unumkehrbar dargestellt. Wie eine Doktrin von oben wird dies auch durch die Medien den Bürgern so vermittelt. Aber ist dies der Weg den die Bürger und Völker Europas wollen? Und hat es jemals eine sachliche fundierte Diskussion hierzu gegeben?

Wir denken der Bürger sollte hier mitreden und befürworten eine offene unvoreingenommene Diskussion.

Die europäische Union stellen wir uns als einen wahren Völkerbund vor, dem jedes Land beitreten kann. Grundbedingung ist das Einhalten der Menschenrechte, die Achtung der Würde, Freiheit und Eigenständigkeit aller anderen Staaten und Bürger.

Jeder Nationalstaat entscheidet frei, welche Befugnisse er an die EU abgibt. Er kann diese jedoch jederzeit wieder selbst übernehmen. Die bestehende Macht der EU, welche durch den Fiskalpakt und durch den ESM zementiert wurde, sehen wir als große Gefahr an.

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Balter Vivant-Fraktion im PDG - Platz des Parlaments 1
4700 Eupen - Tel: 087-318473 - info@vivant.pdg.be - www.vivant-ostbelgien.org